



Medieninfo

4. März 2022

Schluss mit den Minijobs: Weg in die Altersarmut ist programmiert

IG BAU erinnert anlässlich des 8. März: Vor allem Frauen arbeiten als geringfügig Beschäftigte

Frankfurt am Main – „Am 8. März ist wieder Weltfrauentag. An diesem Tag erinnern wir uns daran, dass wir die Frauenrechte noch mehr ausweiten müssen. Wir benennen konkrete Themen, die Frauen direkt benachteiligen und was notwendig ist, um die Situation zu verbessern.“ Das sagt das Bundesvorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Ulrike Laux, die unter anderem für die Bereiche Industrielle Dienstleistungen, Gebäudereiniger-Handwerk und Frauen zuständig ist. Sie denkt dabei an die Erhöhung der Minijobverdienstgrenze von 450 auf 520 Euro zum 1. Oktober dieses Jahres, die die Bundesregierung vor kurzem beschlossen hat. „Minijobs führen fast zwangsläufig in die Altersarmut, das sagen – und nicht nur – wir schon lange. Viele schaffen im Laufe ihres Lebens nicht den Sprung in eine sozialversicherungspflichtige Anstellung. Und wenn die Grenze nach oben gesetzt wird, bleibt die ‚Nettozahlung‘ erstmal attraktiv trotz aller Nachteile.“ Davon betroffen sind vor allem Frauen.

Nach der jüngsten Erhebung der Minijobzentrale gab es Ende Dezember des vergangenen Jahres im gewerblichen Bereich knapp 6,3 Millionen Minijobber*innen, 80 Prozent davon sind nicht rentenversicherungspflichtig. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl liegt bei rund 57 Prozent. Noch drastischer sieht es bei den Minijobber*innen in den Privathaushalten aus: Von den gut 284.000 Stellen sind 87 Prozent nicht rentenversicherungspflichtig, der Frauenanteil liegt sogar bei 89 Prozent. Im Gebäudereiniger-Handwerk arbeiten zirka 700.000 Beschäftigte, mehr als ein Drittel von ihnen sind in einem Minijob, auch hier sind die meisten Frauen.

„Hier muss dringend gegengesteuert werden. Die Pandemie hat doch gezeigt, dass die Minijobber*innen die ersten waren und auch noch sind, die ihre Beschäftigung verlieren. Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld: null Anspruch. Vom ersten Cent an sollte jede Arbeit sozialversicherungspflichtig sein“, sagt Laux. Sie erinnert in diesem Zusammenhang schließlich daran, dass auch den Sozialversicherungen insgesamt und damit dem Gemeinwohl richtig viel Geld verloren geht.